15. Juni 1967 / Nr. 6

Das Reichsbanner

Organ des Reichsbanners Schwarz - Rot - Gold

BUND AKTIVER DEMOKRATEN

Krieg und Frieden in Nahost

a-ms. „Die politische Verwicklung hat nicht damit begonnen, daß Israel in ägyptisches Gebiet einmarschierte, sondern sie wurde dadurch heraufbeschworen, daß Ägypten seit langem darauf besteht, den Kriegszustand mit Israel aufrechtzuerhalten und ihn durch Guerillakämpfe und durch Blockade am Suezkanal und in der Straße von Tiran zu verewigen. Es waren die Aufrechterhaltung des Kriegszustandes und die Ausübung der Rechte einer kriegführenden Nation von Seiten Ägyptens ... die den Gegenschlag Israels auslösten." So faßte Lynden B. Johnson, der jetzige Präsident der USA seine Ansicht über die Lage in Israel im Jahre 1956 (!) zusammen.

Und so könnte heute nach dem vor wenigen Tagen für die Israeli siegreich beendeten und nur wenige Tage dauernden Blitzkrieg im Nahen Osten, fast die gleichen Feststellungen getroffen werden. Es war klar, daß die Zuneigungen aller Gutgesinnten auch heute auf der Seite des kleinen Landes Israel stehen und ebenso eindeutig ist es für uns, aus humanitärer Verpflichtung den Opfern des Krieges, dem Strom der schon wieder unterwegs befindlichen Flüchtlingen bei der Linderung schrecklichen Elends nach besten Kräften beizustehen.

Der Weltfriede war in diesen Tagen in Gefahr, das haben wir mit sicherem Instinkt gespürt und diese Tatsache hat uns zutiefst bestürzt und beunruhigt. Heute sind wir erleichtert über den noch glimpflichen Verlauf des kriegerischen Geschehens und können dazu nur nüchtern feststellen, daß es bis zum wirklichen Frieden im Nahen Osten noch ein weiter Weg ist.

Wenn bei der Betrachtung der Geschehnisse das Verhalten der UNO und der beiden Weltmächte USA und Sowjetunion kritisch untersucht wird, so ist es hier insbesondere die so plötzliche Räumung des Gazastreifens durch die internationale Wachtruppe der UNO, die Unentschlossenheit der USA im Falle der arabischen Herausforderung am Golf von Akaba wie auch die buchstäblich im Sand verlaufene finanzielle und militärische Hilfe der Sowjetunion für Nasser und seine arabischen Gefolgsleute. In diesen Tagen ist in großem Umfange in der Tagespresse, im Funk usw. eine sehr gründliche und in der Wertung oft ebenso unterschiedliche Analyse der Geschehnisse erfolgt, so daß wir uns auf die vorher gemachten Bemerkungen beschränken wollen. Wenn jetzt das kriegerische Geschehen ruht, muß der Frieden gewonnen werden. Die Auseinandersetzung auf der diplomatischen Bühne ist zur Zeit in vollem Gange. Selbst wenn zum Zeitpunkt zu dem wir heute berichten, die Sowjetunion mit einer besonderen Härte gegenüber Israel auftritt — Abbruch der diplomatischen Beziehungen, Ostblock-Gipfelkonferenz aus dem besonderen Anlaß usw. — können wir nur hoffen, daß es den großen Mächten gelingt, einen ständigen Krisenherd in Nahost ohne negativen Nachwirkungen zu beruhigen.

Durch eindeutige internationale Verträge müssen die Existenz und die Grenzen des Staates Israel gesichert werden, ebenso der Zugang zu seinem Hafen im Golf von Eilat. Anspruch auf teritoriale Unversehrheit haben aber dann auch die arabischen Staaten und es darf nicht zu annexionistischen Ansprüchen gegenüber ihnen kommen mit der an und für sich verständlichen Begründung, durch ihre Realisierung künftige militärische Bedrohungen und Gefährdungen Israels zu mindern. Die Erreichung eines guten Friedens setzt trotz allem was geschehen ist, die Kompromißbereitschaft beider Seiten voraus. Die Generale, mögen sie noch so tapfer oder erfolgreich sein, müßen wieder die ihnen gemäßen früheren Positionen einnehmen; die künftigen politischen Entscheidungen sind alleine eine Angelegenheit ziviler Politiker.

In diesen Tagen wollen wir uns aber auch vorbehaltlos hinter den Aufruf „Hilfe für Israel" stellen, der von dem Bundestagsabgeordneten Dr. Adolf Arndt, Günter Graß und vielen führenden Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben unbeschrieben in so eindrucksvoller Weise zur Hilfe für die Wiedergewinnung des Friedens in Nahost und zur Linderung der entstandenen großen Not auffordert.

Wir haben den nationalsozialistischen Völkermord erlebt und hier die Not und das Sterben so vieler jüdischer Kameraden, die in der Weimarer Zeit Schulter an Schulter mit uns für Freiheit und Demokratie stritten. Das bleibt unvergessen und für uns verpflichtend. Wir wissen aber auch, wie viele bekannte NS-Verbrecher gerade bei den Widersacher Israels Unterschlupf gefunden haben, oder gar in ihren Diensten stehen. Sehen wir uns eine bestimmte deutsche nationalistische Presse an, so finden wir dort sogar eine unverhohlene geschickt kaschierte Sympathie für solche Zustände.

Unsere Sympathien für Israel aber Verbinden sich mit der Hoffnung, daß auch in den arabischen Staaten politische Kräfte in den Vordergrund kommen, die ein friedliches und freundschaftliches Nebeneinander der jetzt in Bitternis oder Haß gegenüberstehenden Mächte ermöglichen helfen.

In Israel sind viele tausend Moslems, Drusen, Christen und Angehörige anderer nichtjüdischen Gemeinschaften. Sie konnten bisher ungestört im Staate Israel leben, der unzweifelhaft mit der Absicht gegründet wurde, die Sache des Friedens zu fördern um, wie die Israelis selbst sagen, beizutragen zur Erfüllung der Verheißung des Propheten (Jesaja II, 4):

„Völker werden fürderhin nicht mehr das Schwert gegeneinander erheben und das Kriegshandwerk wird man nicht mehr erlernen"

Dann hätte die Friedenssehnsucht im hebräischen „Schalom" seine Erfüllung gefunden. —

Solidaritätserklärung für Israel

Angesichts der kriegerischen Verwicklungen, in die Israel hineingezogen wurde, übersandte die Bundeszentrale des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold den Botschafter von Israel in Bad Godesberg ein Schreiben, in dem wir ihm und den Bürgern seines Landes unsere aufrichtige Sympathie und unser herzliches Mitgefühl zum Ausdruck brachten. Wir fühlten uns insbesondere denjenigen seiner Landsleute verbunden, die mit uns Seite an Seite in den Formationen des Reichsbanners bis 1933 die Nazigefahr in Deutschland bekämpften und von denen viele gemeinsam mit anderen jüdischen Menschen und unseren Kameraden in den Konzentrationslagern des Nazistaates gelitten hätten.

Von ganzem Herzen wünschten wir seinem Lande einen baldigen, gerechten und dauerhaften Frieden. Mit Trauer gedenken wir der Opfer, die der Kampf für diesen Frieden erfordert.

Demokratischer Männerstolz vor Königsthronen

Von Walter Jansen

Es ist überliefert, daß der Exkönig von Sachsen, als ihm eine Abordnung der Vereinigten Vaterländischen Verbände unseligen Angedenkens an seinem Geburtstag ihre alleruntertänigste Aufwartung auf Schloß Sybillenort in Schlesien machte, verwundert ausrief: „Ihr seid mer scheene Rebubliganer!"

Was hätte er wohl gesagt, wenn er das widerliche, byzantinische Schauspiel der bundesrepublikanischen Staatsempfänge für den absoluten Monarchen Irans erlebt hätte; ein Schauspiel, das allen Glanz und Gloria verblassen ließ, mit dem sich anno dazumal unsere heimischen Potentaten zu umgeben pflegten! Dabei hätte es ihm allerdings passieren können, daß ihm die sanfte Kritik unter dem harten Schlag eines forsch geschwungenen Polizeiknüppels im Munde verstummt wäre. Kritik gibt's nicht, wenn das „Licht der Arier" geruht, Deutschland zu besuchen! Dafür sorgt seine eigens zu ihrer Verhinderung importierte Schlägergarde; dafür sorgt, wenn es das Protokoll verlangt, auch die deutsche Polizei, die sich dazu hergeben muß, der iranischen SS (Secret Service) ihr Handwerk zu ermöglichen oder es ihr gleichzutun. Wohin das führt, haben die empörenden Berliner Vorfälle gezeigt, denen ein junges Menschenleben zum Opfer fiel und bei denen zahlreiche junge Männer und Frauen brutal niedergeknüppelt wurden.

Eine Untersuchung dieser Vorfälle wurde angekündigt, und wir wollen hoffen und wünschen, daß sie **gerecht und unparteiisch, ohne Rücksicht auf Namen oder Stellung der Verantwortlichen** durchgeführt wird. Aber damit ist es nicht getan. Die Wurzel des Übels reicht viel tiefer und sie hat viele Verzweigungen. In den Amtsstuben, im Bildungswesen, in zahlreichen Redaktionen, im Gefüge der meisten politischen Organisationen und — auch das sei gesagt — in der Mentalität vieler sich selbst degradierender Staatsbürger sind ihre Ausläufer zu finden.

Das autokratische Gehabe vieler Amtsinhaber und Würdenträger hierzulande wuchert in allen Richtungen. Die Kritik, eine der wesentlichsten Aufgaben der Presse in einem demokratischen Staat, nimmt in vielen Zeitungen nicht länger Raum ein, der ihr zukommt oder sie wird dort völlig einseitig ausgeübt. Sehr oft wird sie durch Servilität gegenüber der Bürokratie und den Geldherzögen und durch Blut- und Busenartikel ersetzt.

Für den Staatsbürger findet, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Demokratie nur noch am Wahltage statt. Sonst hat er kaum Gelegenheit, bestimmend an der Entscheidung über die Angelegenheiten des demokratischen Staates — seine Angelegenheiten! — teilzunehmen. Gewiß, er kann petitionieren, mit anderen seinesgleichen Resolutionen verfassen oder „sogar" demonstrieren. Aber sehr oft „stört" das die reibungslos arbeitende Routine unseres Staatsapparats und wird als „Sand im Getriebe" empfunden. **Viele beamtete oder gewählte Vertreter dieses Staates begreifen Demokratie nur noch als bürokratischen Perfektionismus.** Und sie erkennen nicht oder wollen es nicht wahrhaben, daß **dieser Perfektionismus, der sich wie ein schmarotzendes Schlinggewächs um die Demokratie windet, dieser den Lebensatem nimmt.**

Man redet von der „Staatsmüdigkeit" des Bundesbürgers. Man behauptet, daß „der Wohlstand", der mit Kühlschrank, Fernsehapparat und Volkswagen auch ins Haus des „kleinen Mannes" eingezogen sei, diesem das Interesse an den meisten politischen Fragen genommen habe. Wie falsch und kurzsichtig! **Die Hohenpriester des Perfektionismus sind es, die eifrig das Geschäft der Entpolitisierung des Bundesbürgers betreiben!** Und dann wundern sie sich, wenn er zum Untertan degeneriert. Oder heucheln sie nur? **Ist ihnen dieser Schwund demokratischer Substanz und Aktivität gerade recht?** Fast könnte man es glauben, wenn man die Berliner und andere Vorfälle der jüngsten Vergangenheit betrachtet. **Wenn es so sein sollte, dann gute Nacht, Demokratie!**

Aber wir wollen das noch nicht glauben. Noch wissen wir, daß es Männer und Frauen in der Bundesrepublik gibt, die weder vor Kaiser-, noch vor bundesrepublikanischen Bürgerkönigsthronen katzbuckeln. Sie werden dafür sorgen, daß sich „die da oben" dazu bequemen müssen, bescheiden als Beauftragte der Staatsbürger aufzutreten und ihren Auftrag durch ständigen Kontakt mit diesen Staatsbürgern zu erneuern. **Also — herunter von Euren selbstgebastelten Bürgerkönigsthronen, Ihr Herrschaften!**

„Kämpfer ihrer alten Gesinnung"

Der Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, Simon Wiesenthal, nannte in einer Pressekonferenz in Wien die Namen von 29 Kriegsverbrechern, die in arabischen Ländern Schutz gefunden hätten. Wiesenthal teilte mit, dieser Personenkreis werde vom ägyptischen Staatspräsidenten Nasser und anderen arabischen Politikern beschützt.

Unter den 29 Personen befinden sich nach Wiesenthals Angaben zwei ehemalige enge Mitarbeiter Eichmanns, Alois Brunner und Franz Abromeit. Brunner, der gegenwärtig in Kairo lebt, wird vorgeworfen, als Bevollmächtigter Eichmanns in Griechenland und in der Slowakei an der „Endlösung" mitgewirkt zu haben. Abromeit, als dessen Wohnsitz Wiesenthal ebenfalls Kairo bezeichnete, soll während des Krieges unter Eichmann in Ungarn gearbeitet haben. Später soll er auch im Konzentrationslager Theresienstadt stationiert gewesen sein.

Zu den von Wiesenthal genannten Personen gehören außerdem der ehemalige SS-Untersturmführer Wilhelm Böckler, der bei der Zerstörung des Warschauer Ghettos eine führende Rolle gespielt haben soll; SS-Hauptsturmführer Dr. Heribert Heim, einer der Ärzte des Konzentrationslagers Mauthausen; der ehemalige SS-Standartenführer Rudolf Mildner, früher Chef der Gestapo in Kattowitz, und der ehemalige SS-Hauptsturmführer Friedrich Warzok, früher Leiter des Konzentrationslagers Lemberg-Janowska, der nach Wiesenthals Angaben für den Tod von 60 000 Häftlingen verantwortlich ist.

Wiesenthal betonte, daß „diese Männer heute in Nahost Kämpfer ihrer alten Gesinnung" seien. Die Ostblockländer seien aus politischen Gründen nicht bereit, die Auslieferung dieser Personen zu fordern, obwohl sie in den ehemaligen deutschen Ostgebieten die meisten Verbrechen begangen hätten.

Briefkasten

A. L. Manhattan East Side (USA). Sie haben mit Sorge im „Spiegel" Nr. 8 gelesen: „Rudolf-August Oetker, 50, der als erster Wirtschaftsführer Westdeutschlands Kontakte mit NPD-Führern hatte..." und dann als Fußnote dazu: „Bei Karl Walrad Prinz zu Salm, der bis April letzten Jahres NPD-Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen war und mit einer geschiedenen Oetker-Gattin verheiratet ist, traf der Konzernherr den NPD-Chef Fritz Thielen. Auf seinem eigenen Hamburger Wohnsitz ‚Die Bost' empfing Oetker den hanseatischen NPD-Vorsitzenden Horst Günther Schweimer". Aber Ihre Sorge ist sicherlich unbegründet, denn, so heißt es doch, „Bonn ist nicht Weimar". Und warum sollte man sich im illustren Kreis nicht auch mal über Pudding und die Seefahrt oder was es sonst noch zu besprechen gibt, unterhalten? Nicht gleich mißtrauisch sein, was haben Sie eigentlich gegen nationale Leute?

J. S. Soltau. Es ist nicht schön, wenn sich „kompetent" fühlende Personen gegen Volksoffiziere, also aus dem Unteroffizierkorps kommende Offiziere aussprechen, weil sich diese angeblich im Kasino nicht benehmen könnten. Aber meinen Sie nicht auch, daß das mit dem Benimm so eine Sache ist? Ob der Kasinobenimm ein erstrebenswertes Erziehungsziel für Soldaten ist, wollen wir dahingestellt sein lassen. Es gibt ja Erfahrungen aus einer „großen Zeit". Es bleibt nichts anderes übrig, als daß wir uns immer und laut gegen einen wieder aufkommenden reaktionären Traditionalismus in der Bundeswehr zur Wehr setzen. Und die dagegen was tun könnten, dürfen nicht unschlüssig sein.

Demokratie braucht politisch aktive Demokraten

Interview des Parlamentarisch-Politischen Pressedienstes (PPP) mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Abg. Helmut Schmidt. (9. 6. 1967)

PPP: Herr Schmidt, die Öffentlichkeit beschäftigt sich nach wie vor mit dem Besuch des Schahs und mit den durch ihn ausgelösten studentischen Demonstrationen, insbesondere in Berlin. Halten Sie die anhaltende Erregung in der Öffentlichkeit für berechtigt?

Helmut Schmidt: Ich teile den Ärger der öffentlichen Meinung über die mehrere Stunden dauernden Absperrungen von Autobahnen und Straßen. Der außenpolitisch überflüssige Versuch, eine Superschau abzuziehen, hat zu Absperr- und Sicherheitsmaßnahmen geführt, die nach ihrem Umfang eine Belästigung und für manche jungen Leute eine Provokation darstellten. Augenscheinlich haben sich dann die Protokollabteilungen des Bundes und der beteiligten Länder nicht darüber einigen können, ob sie a) jubelnde Menschenmengen produzieren oder b) die Sicherheit des hohen Gastes in den Vordergrund stellen wollten.

Es gab viele Möglichkeiten, das Besuchsprogramm ohne Belästigung der deutschen Öffentlichkeit zu organisieren.

Der Besuch eines Gastes darf jedoch nicht dazu führen, das Vertrauen der Bürger - und sei es auch nur einer Minderheit - den demokratischen Rechtsstaat zu gefährden. Wenn Studenten glauben, aus wohlerwogenen Gründen demonstrieren zu müssen, ist es Aufgabe der Polizei, diese Demonstrationen nicht in Beleidigung eines Gastes ausarten zu lassen - es ist aber gleichzeitig Aufgabe der Polizei, den demokratischen Staat zu repräsentieren und das Recht auf Demonstration zu wahren. Der tragische Tod eines Studenten, dem Bischof Scharf in seiner Gedenkrede Besonnenheit bescheinigte, zwingt alle Beteiligten zur Selbstprüfung, ob sie alles vorbereitet hatten, um Gewaltanwendung überflüssig zu machen.

Manche Obrigkeiten in Deutschland haben offenbar immer noch nicht gelernt, Minderheiten ihre Meinungen artikulieren zu lassen - auch wenn uns ihre Meinungen nicht gefallen sollten - und notfalls den zu schützen, der eine Minderheitsmeinung vertreten will.

PPP: Meinen Sie, daß die Vertrauenskrise zwischen Studenten und einer weiteren Öffentlichkeit nur durch den traurigen Tod eines Studenten ausgelöst wurde?

Helmut Schmidt: Ich denke, die Ursachen liegen viel tiefer, sie reichen auch viel weiter zurück. Ich will darüber im Laufe des Sommers noch ausführlicher sprechen. Jetzt will ich nur sagen: Eine politisch aktive, sich engagierende Mindeheit nimmt leidenschaftlich Anteil an dem Geschehen im Hochschulraum, besonders aber an der Entwicklung der sie umgebenden Gesellschaft. Das ist ihr Recht und ihre Pflicht. Es wäre absurd, die jungen Leute auf Schulen und Hochschulen zu lehren, eine Demokratie lebe von politisch aktiven Demokraten - und ihnen dann einen Maulkorb oder eine Stipendienstreichung anzudrohen, wenn sie sich tatsächlich politisch engagieren.

Ich empfinde Sympathie mit politisch engagierten Studenten. Ich meine allerdings nicht jene sich „maoistisch" gebärdenden Nonkonformisten oder die Handvoll Trotzkisten oder etwa die Gruppe der „Kolonialrevolutionäre" - auch solche muß allerdings eine gesunde Demokratie ertragen können.

Ich meine die große Zahl politisch wacher junger Menschen, von denen sich wegen der besonderen Lage Berlins viele dort sammeln. Die Gesellschaft sollte sie hören und sich mit ihnen auseinandersetzen, wenn wir an den Universitäten nicht nur den unpolitischen Spezialisten züchten wollen.

PPP: Glauben Sie, daß der Verzicht der SED-Behörden auf Erhebung von Straßenbenutzungsgebühren für die Teilnehmer an der Trauerfeier in Hannover eine Verbindung der Unruhen mit Ostberlin beweist?

Helmut Schmidt: Dieser Schluß wäre töricht. Sicherlich nutzt Herr Ulbricht die Lage für seine Zwecke aus. Ich begrüße, daß er wenigstens für diesen Anlaß eine freie Durchfahrt ermöglicht hat. Wenn sie hier möglich war, sollte sie immer möglich sein.

PPP: Glauben Sie, daß die seit Jahren diskutierte, aber nicht in Angriff genommene Hochschulreform eine wichtige Ursache für die Unzufriedenheit der Studenten ist?

Helmut Schmidt: Vielleicht nicht so sehr die technische Seite der verzögerten Hochschulreform, als vielmehr der überwiegend konservative Geist der etablierten Universitätsautoritäten, die seit dem Kriege die Chancen zur Erneuerung kaum genutzt haben. **Viele dieser jungen Leute meinen es sehr ernst, wenn sie glauben, für die Sache der Freiheit demonstrieren zu sollen; sie glauben nämlich auch, daß ihre Väter nicht genug dafür getan haben.**

Für das Reichsbanner werben!

a-ms. Als das Reichsbanner über seine bisherige Tätigkeit in einer Reihe von Ortsvereinen hinaus, weitere Aktivitäten entwickelte und demzufolge alte Ortsvereine wieder auflebten und neue Stützpunkte entstanden, war ein guter Start für ein neues Beginnen erfolgt. Über Sinn und Zweck unserer Arbeit haben wir in den drei ersten Nummern unseres neuen Mitteilungsblattes „Das Reichsbanner" unsere Auffassungen bekanntgegeben, die, wie unsere organisatorischen Bemühungen, außerhalb unseres Bundes ein unterschiedliches Echo hervorgerufen haben. Aber wenn wir heute sehr nüchtern eine Bilanz ziehen, meinen wir als Ergebnis der bisherigen Bemühungen feststellen zu können, daß das Mißtrauen das dem erneuten Tätigwerden des Reichsbanners gegenüber bei solchen Leuten und Freunden herrschte, denen es sehr leicht möglich gewesen sein müßte, sich von der demokratischen Vertrauenswürdigkeit und der persönlichen Integrität unserer Kameraden zu überzeugen, einer sagen wir abwartenden Haltung gewichen ist und hier und da sogar von einem Gewinn, Verständnis für das Reichsbanner gesprochen werden kann. Nicht auf allen Stationen einer solchen Fortentwicklung ist allerdings für das Reichsbanner schon das Signal auf „freie Fahrt" gesetzt. Für alle erfahrenen Praktiker in der politischen und organisatorischen Arbeit ist es eine bekannte Tatsache, daß nur Beharrlichkeit zum Ziel führt und wir deshalb in mühseliger, durchdachter Kleinarbeit, ein Mosaiksteinchen neben das andere zum großen Bild setzen müßen, das hoffentlich schon recht bald die Konturen eines über die ganze Bundesrepublik ausgedehnten Reichsbannerorganisation zeigen wird. Damit das aber so wird, müßen alle Kameraden, die irgendwie dazu in der Lage sind, dabei mithelfen.

Wenn wir davon ausgehen, daß zu Beginn des Jahres 1933 in allen großen Städten, in den meisten mittleren und in manchen kleinen Gemeinden eine starke und überwiegend noch intakte Organisation des Reichsbanners vorhanden war, so kann bei rein überschlägiger Überlegung gesagt werden, das heute in der Bundesrepublik noch eine Zahl von Reichsbannerkameraden vorhanden ist, die, selbst wenn wir hiervon jene Kameraden abziehen, die aus von uns zu respektierenden Gründen oder auch wegen ihres hohen Alters nicht mehr mitmachen wollen oder können, noch so groß ist, das zumindest in allen größeren und mittleren Städten die alten Ortsvereine wieder aufleben könnten. Und hier sollte unsere Werbearbeit einsetzen. Unser freimütiges Eingeständnis, arm an finanziellen Mitteln zu sein und dadurch auch nicht über einen hauptamtlich geführten „Apparat" zu verfügen, zwingt uns hinsichtlich unserer organisatorischen und Werbearbeit einfach zur Improvisation. Wir verfügen über keine Presse und es ist noch nicht so weit, das uns wohlmeinende Zeitungen und Zeitschriften ihre Spalten für Erklärungen und Darstellungen öffnen, aber wir haben unser bescheidenes Mitteilungsblatt. Neben der Werbung von Mann zu Mann ist dieses Mitteilungsblatt das einzige Druckerzeugnis das für die Werbung zur Verfügung steht. Jeder Kamerad sollte sich einmal überlegen, ob er nicht mehrere Exemplare dieses Mitteilungsblattes (gegen Erstattung der Kosten und des Portos von jedem Ortsverein oder von der Bundeszentrale zu beziehen) erwerben kann. Dann sollte er hingehen und die, wie wir wissen noch oft bestehenden Kontakte mit Kameraden in solchen Städten und Gemeinden aufnehmen, wo die Organisation des Reichsbanners noch nicht wieder aufgelebt ist. Bei einer persönlichen oder schriftlichen Fühlungnahme müßte dann unser Mitteilungsblatt mitgegeben oder mitgeschickt werden und später käme noch der Aufnahmeschein hinzu. Wichtig ist bei diesem Bemühen vor allen Dingen, diesen Kameraden klipp und klar zu sagen, daß es ihre rein private und von niemanden zu behindernde Entscheidung ist, wieder oder neu im Reichsbanner mitzumachen. Und ist in

diesen Orten erst einmal eine vorerst noch kleine Gruppe von Reichsbannerkameraden vorhanden, dann ist der Weg zur Wiederbelebung des früheren Ortsvereins oder zur Neugründung nicht mehr weit. Dann kann man sich z. B. auch nach dem Verbleib alter Reichsbannerfahnen erkunden die oft noch vorhanden sind und sie wieder in berechtigtes Eigentum nehmen - zwar nur eine symbolische, aber auch nicht zu unterschätzende Geeste. Über kurz oder lang wird schon in wieder belebten Ortsvereinen die Frage von der Aufnahme solcher Mitglieder akut werden, die bisher nie dem Reichsbanner angehört haben, die aber als aktive Demokraten gute Kameraden bei uns werden wollen. Hier sollte allerdings Wert darauf gelegt werden, solche Mitglieder im individuellen Kontakt und nach bester Gewissensentscheidung zu gewinnen. Hier empfiehlt sich z. B. das Einführen geladener Gäste, die wir als Mitglied gewinnen wollen, in unsere Mitgliederversammlungen. Es versteht sich von selbst, daß diese Versammlungen so gestaltet sein müssen, daß sie für den noch Außenstehenden anziehend und gewinnend wirken.
Zur Jugendarbeit, die es erfreulicherweise auch schon gibt, wollen wir später Ausführungen machen.
Das sind vorerst nur einige Hinweise auf die Möglichkeiten für die Werbung neuer Kameraden. Wenn wir sie nutzen, wird der Erfolg nicht ausbleiben. Unser Ziel muß sein, aus der Improvisation heraus und zu einer wohlgefügten Organisation im ganzen Bundesgebiet zu kommen. Gehe jeder für sich mit frischem Mut an unsere Aufgaben heran, eingedenk der Worte: „Des Volkes Wohl ist unser Arbeit Ziel!"

Aus den Ortsvereinen

Bonn-Stadt und -Land

Samstag, den 1. Juli 1967, pünktlich um 18 Uhr, Mitgliederversammlung im Saale des Gasthauses Gardemann, Bonn, Weiherstraße 1. Besondere schriftliche Einladung erfolgt. Gäste können eingeführt werden.

Landesverband Hessen

In der Zeit vom 9. Juni bis 12. Juni nahmen Mitglieder des Landesvorstandes an einer Tagung der „Union Deutscher Widerstandskämpfer - und Verfolgtenverbände e. V." Sitz Frankfurt am Main in Verbindung mit der internationalen Organisation „Union Internationale de la Résistance et de la Déportation" mit ihrem Sitz in Brüssel teil.

Bei der Überreichung unserer R.-B.-Zeitung stellten wir fest, daß sich unter den deutschen Teilnehmern eine größere Anzahl ehem. Reichsbannerkameraden befanden.

*

Am Sonntag, dem 9. Juli 1967, findet um 13.30 Uhr im Bürgergemeinschaftshaus „Gallus" Ffm. Frankenallee 111 eine Sitzung des Landesvorstandes statt.

*

Im gleichen Hause und am gleichen Tage hält der Landesverband um 14.30 Uhr eine „ordentliche Mitgliederversammlung" ab, in der Beschlußfassung über das Landesstatut erfolgen soll. Einladungen mit der Tagesordnung sind erfolgt.

Frankfurt

Anläßlich der einjährigen Wiederkehr der Gründung des Ortsvereins veranstaltet dieser am 9. Juli 1967 im Hause „Gallus" um 16 Uhr einen „Bunten Nachmittag", an dem namhafte Künstler das Programm gestalten werden.
Hierzu sind die Kameraden mit ihren Angehörigen herzlichst eingeladen. Persönliche Einladungen liegen dieser Zeitung bei.

*

Der Vorstand hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, sich der humanitären Hilfsaktion des Magistrats der Stadt Frankfurt a. M. anzuschließen und seine Mitglieder aufzufordern, nach Möglichkeit durch Spenden den Existenzkampf des Israelischen Volkes zu unterstützen. In der Frankfurter Presse wurde der Aufruf veröffentlicht.

*

Ebenso beteiligten sich eine größere Anzahl unserer Mitglieder am Samstag, dem 3. 6. 1967 an der Kundgebung für den Frieden im Vorderen Orient auf dem Frankfurter Römerberg.

Offenbach-Stadt und -Land

Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am 6. Juli 1967 um 20 Uhr, in der Gaststätte Fecherbrau, Offenbach, Gerberstraße Ecke Mathildenstraße statt.

Wiedergründung des Ortsvereins Darmstadt-Stadt und -Land

Am 15. Juni 1967 fand in Darmstadt die Wiedergründung des Ortsvereins statt. Zu der Veranstaltung in der „Bessunger Turnhalle" waren die Mitglieder des Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung sowie die Vorstände der SPD, CDU und FDP geladen. Selbstverständlich ergingen die Einladungen auch an alle uns bekannten ehem. Kameraden. Dank der intensiven Vorbereitungen des Gründungsausschusses war der Besuch gut. Kam. Scheidweiler begrüßte die Erschienenen, darunter 8 Vertreter des Landesverbandes Hessen.

Kam. Weiß Ffm. umriß in seiner Ansprache kurz die Geschichte des Reichsbanners vor 1933 und erklärte, daß sich die Organisation nicht von selbst aufgelöst hätte, sondern von den damaligen Machthabern des Dritten Reiches verboten, und zerschlagen wurde. Seit 1945 hätten z. B. in Ffm. fast jährlich irgendwelche Veranstaltungen stattgefunden, ohne daß es zu einem festen Zusammenschluß gekommen sei. Erst der aufkommende Rechtsradikalismus habe die ehem. Reichsbanner-Kameraden veranlaßt, ihre Organisation wieder Neuzugründen. Nach weiteren Ausführungen über die in der Bundesrepublik bestehenden Landesverbände und Ortsvereine erklärte der 1. Vorsitzende des Landesverbandes Hessen mit Zustimmung des Gründungsausschusses den Ortsvereinen Darmstadt-Stadt- und Land für wiedergegründet. In einer sehr guten, sachlichen Diskussion, an der sich Vertreter des Magistrats, der SPD, CDU, der Gewerkschaft, sowie ehem. Kameraden beteiligten, wurde von allen Beteiligten Unterstützung zugesagt. Stadt[illegible] Kam. Sabais entschuldigte den erkrankten Oberbürgermeister Dr. Ludwig Engel, entbot dessen Grüße und sagte auch dessen Mitgliedschaft zu.

Ein Bericht über die Diskussion soll folgen. In den vorläufigen Vorstand wurden die Kameraden Sabais, Scheidweiler, Eid, Grünbaum und Diehm berufen. Die Neuwahl findet in Kürze in einer Mitgliederversammlung statt.

Kamerad, hast auch du schon ein neues Mitglied geworben?

Bremen

Mitgliederversammlung am Sonnabend, 1. Juli, 15.30 Uhr, in der Gaststätte Heinrich Dünky, Friedrich-Ebert-Straße 217. Anträge für die Bezirkskonferenz, Wahl der Delegierten und Satzungsänderungen stehen auf der Tagesordnung.

Jugendbund

Im Monat Juli, 14tägige Urlaubsfahrt zum Harz. Übernachtu[illegible] in der Jugendherberge.
Jeden Donnerstag Treffen um 19.30 Uhr im Jugendheim Neustadt, Geschworenenweg.

Bezirk Weser-Ems

Sonnabend, 15. Juli, 19 Uhr, Bezirkskonferenz in der Gaststätte „Schwarzer Bär", Verden/Aller, Bremer Straße 20. Einladung mit Tagesordnung erfolgt schriftlich.

Hannover

Monatsversammlung am Sonntag, 2. Juli, 10 Uhr, in der Gaststätte Sprengel, Ecke Kniestraße/Schneiderberg.

Mitteilungen der Bundeszentrale

Voranzeige: Die Bundeszentrale wird unter Hinzuziehung der 1. und 2. Vorsitzenden eines jeden Ortsvereins am Sonnabend, 21. Oktober d. Jahres eine Sitzung im Hamburg-Bergedorfer Gewerkschaftshaus abhalten. Beginn 9.00 Uhr.
Ab 20.00 Uhr öffentliche Veranstaltung.

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundeszentrale, 28 Bremen, Plettenberger Weg 18, Telefon 44 07 33
Verantwortlich:
Dietrich Westermann, 28 Bremen, Plettenberger Weg 18
Druck: Henry Schween, 28 Bremen, Buntentorsteinweg 95.